

## **Der Europäische Reformvertrag und der Kommunismus**

Helmut Kramer 1)

Václav Klaus, Präsident der Tschechischen Republik, im Zivilberuf Universitätsprofessor für Ökonomie, erster Bürger eines Landes, das dem Sowjetkommunismus anheim gefallen war und diesen letztlich abschütteln konnte, warnt vor dem Reformvertrag der EU. Nicht zum ersten Mal, nicht weniger deutlich als sonst, etwas höflicher in der Wortwahl.

Man könnte vor dem historischen Hintergrund, dass sich sein Land nach langen Jahren der Unfreiheit vom Joch der Diktatur befreien konnte, Verständnis für die Warnungen eines Staatsmannes aufbringen, nicht wieder den demokratischen Willen des Volkes überfahren zu lassen. In Wahrheit ist jedoch überhaupt nicht verständlich, wie er die geplante Neuordnung der EU auch nur in Anklängen in die Nähe einer kommunistischen Machtergreifung rücken kann. Der Reformvertrag ist nicht zuletzt deshalb überfällig, weil er die rechtlichen Grundlagen der EU, eines ursprünglich westeuropäischen Gebildes, an die Erweiterung um 10 ex-kommunistische Staaten in Mitteleuropa plus zwei Inseln anpassen muss.

Wäre die Tschechoslowakei im Frühjahr 1948 Mitglied einer auf einer solchen Verfassungsbasis schon damals bestehenden EU gewesen, wäre sie mit Sicherheit nicht der von Moskau gestützten Taktik von Gottwalds KPC zum Opfer gefallen. Klaus beharrt auf einer weitgehend ungeschmälerten nationalen Souveränität. Diese ist ein Konstrukt aus dem 19. Jahrhundert. Sie hat Europa wahrlich nicht nur Vorteile gebracht. Weder bewahrt sie vor totalitären Kräften noch garantiert sie demokratische Entscheidungen; schon gar nicht sachgerechte Lösungen für grenzüberschreitende Probleme. In einer Welt, deren dynamische Kräfte sich den nationalen Rechtsordnungen immer mehr entziehen, müssen übernationale Zusammenhänge auf einer höheren Ebene behandelt werden, will „Europa“ mehr sein als ein wehrloser Spielball der Globalisierung.

Klaus plädiert für die horizontale Koordination des Willens der souveränen Mitgliedstaaten und für das Einstimmigkeitsprinzip in allen wichtigen Bereichen. Als Wirtschaftswissenschaftler weiß er selbstverständlich, dass kooperative Entscheidungen oft nicht zustande kommen. In allen europäischen Nationen gibt es liebevoll gepflegte Restbestände chauvinistischer Haltung aus den letzten Jahrhunderten, regelmäßig tritt die Versuchungen heran, auf dem Trittbrett mitzufahren, das größere und aussichtsreichere Ganze kurzfristigen und kurzsichtigen Egoismen unterzuordnen.

Sach- und zeitgerechte Entscheidungen im überwiegenden gemeinsamen Interesse aller Europäer finden nicht immer Einstimmigkeit, weil Mitgliedsregierungen auf die gerade vorherrschende nationale Stimmungslage Rücksicht nehmen müssen. Politische Entscheidungen auf nationaler Ebene sind ungleich mehr der Polemik, dem Populismus und dem bremsenden Einfluss von Gruppeninteressen ausgesetzt als auf europäischer Ebene. Weder verfügen die nationalen Regierungen über genügend politischen Anreiz noch über die

Kapazität und Kompetenz, Entwicklungen im Sinn des europäischen Gesamtwohls effizient anzupacken.

Den Herausforderungen des 21. Jahrhunderts – Umwelt und Klima, Energie-, Rohstoff- und Wasserversorgung, Demografie und Migration, Entwicklungs- und Krisengebiete der Erde, Bildung, Forschung und Technologie – steht der einzelne, schon gar der kleinere Mitgliedstaat als nahezu wirkungsloser Bauer auf dem globalen Schachbrett gegenüber. Das Potential einer europäischen Position aufs Spiel zu setzen, weil regelmäßig zumindest ein Mitgliedsland als Querulant auftritt, seine Mitwirkung vielleicht von der Zustimmung absurder Splitterparteien abhängt, wie gerade jetzt in Polen, beeinträchtigt das Wohlergehen aller.

Eine manchmal übereifrige europäische Bürokratie hat tatsächlich Materien „unifizieren“ wollen, für die die nationale Kompetenz ausreichend wäre. Aber im Vergleich zu jener Kurzsichtigkeit, die in der Politik der einzelnen Nationalstaaten nach wie vor straflos erlaubt ist, waren die Integrationsschritte der EU auf längere Sicht erstaunlich konsequent und zukunftsweisend.

Bleibt die Frage nach der demokratischen Legitimation europäischer Entscheidungen. Warum stellt gerade Klaus, der diese Schwachstelle mit Recht immer anspricht, den Grundlagenvertrag in Frage, welcher dem Europäischen Parlament ungleich mehr Legitimation gibt als bisher? Warum spricht ein bekennender Neoliberaler wie Václav Klaus dem Nationalstaat, um nicht zu sagen, der Kleinstaaterei das Wort?

Wohl, weil er grundsätzlich einen Staat mit minimalem Wirkungsbereich befürwortet.. Klaus will keinen starken Staat und kein starkes Europa. Angesichts der Herausforderungen des 21. Jahrhunderts, ist der nationale Staat unvermeidlich ein schwacher Staat. In der Epoche des Erstarkens Chinas, des wieder erwachten Selbstbewusstseins Russlands, des Fundamentalismus und divergierender Interessen Amerikas spielt herzlich wenig Rolle, was 10 Millionen Tschechen oder 8 Millionen Österreicher in ihren Parlamenten beschließen; wohl aber, welche Position die Mehrheit der Mitglieder und des Europäischen Parlaments, das nahezu 500 Millionen Menschen vertritt, einnehmen.

—

1) Gedanken eines, der für die Rückreise von Ferien in Dalmatien umweltschonend die Bahn nahm - und sich der Willkür, dem Schlendrian und der Ideenlosigkeit der nationalen Bahnverwaltungen Kroatiens, Sloweniens und Österreichs aussetzte. Er ist erst wieder bereit mit der Bahn in den Urlaub zu fahren, wenn die Züge nicht nur Euro-City heißen, sondern auch „Euro“ sind: wenn dafür von der EU übernational zeitgemäße Mindeststandards vorgeschrieben und durchgesetzt werden können.

*Prof. Dr. Helmut Kramer, Professor für Wirtschaftspolitik, 1981 bis 2005 Leiter des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung, 2005 bis 2007 Rektor der Donau-Universität Krems*